



BDP · Am Köllnischen Park 2 · 10179 Berlin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Anschrift Berufsverband
Deutscher
Psychologinnen
und Psychologen
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon + 49 30 - 209 166 - 612

Telefax + 49 30 - 209 166 - 680

E-Mail sekretariat@bdp-verband.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3126

Berlin, 01.11.2019

Stellungnahme des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) zu

Drs 19/1605 Besserer Schutz von Demokrat*innen gegen Rechtsextremismus und Drs 19/1664 Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der BDP begrüßt die Initiativen zum Schutz vor rechtsextremen Bedrohungen und zur Bekämpfung dieser Bedrohungen. Zu den in den Anträgen angesprochenen Themen möchten wir uns wie folgt äußern.

Die Bedrohung durch Rechtsextremismus und die Entwicklung rechtsextremistischer Einstellungen in Deutschland hat bedenkliche Ausmaße angenommen. Einerseits scheint eine Stabilisierung in der Verbreitung dieser Einstellungen eingetreten zu sein, andererseits werden Verfestigungen bei diesen Einstellungen und eine Zunahme an extremeren Formen von rechtsextremer Bedrohung und Gewalttaten berichtet. Aktuelle Forschungsergebnisse werden in der Anlage zu dieser Stellungnahme skizziert.

Vor dem Hintergrund, dass der Rechtsextremismus in Deutschland eine stabile und dauerhafte Dimension darstellt und nach den jüngsten Erfahrungen mit Drohungen im Wahlkampf sowie verbreitet im Zusammenhang mit öffentlichen Ämtern und bei öffentlichen Äußerungen erscheint es geboten, das Gewaltmonopol des Staates zu betonen und Betroffene von massiven politisch motivierten Anfeindungen stärker zu schützen. Zur Erhaltung eines bürgerschaftlichen bzw. demokratischen Engagements müssen sich Menschen dabei frei und sicher fühlen können. Ängste und Rückzugstendenzen stellen auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine Bedrohung dar.

Drohungen gegen die körperliche Unversehrtheit oder gar gegen das eigene Leben führen bei den Betroffenen zu akuten Reaktionen und langfristig hohen psychischen Belastungen. Neben starker psychischer Verunsicherung, Gefühlsschwankungen und eintretenden Ängsten schränken sich Menschen, die sich bedroht fühlen, sehr stark ein in ihren Lebenstätigkeiten und erleben rasch einen krisenhaften Einbruch in ihrer Lebensqualität. Unabhängig davon, ob in der jeweiligen beruflichen Rolle bereits Anfeindungen erlebt wurden oder relativ wahrscheinlich damit zu rechnen ist, sind Belastungen, die sich aus Todesdrohungen ergeben, extrem. Sie lösen bei vielen Menschen intensive Belastungsreaktionen und psychische Krisen aus. Aus psychologischer Sicht ist es sinnvoll und notwendig, die Betroffenen im Umgang mit solchen Bedrohungen und der Rückgewinnung des Gefühls persönlicher Sicherheit und Gelassenheit zu unterstützen. Maßnahmen der Sicherheitsbehörden und Aufklärung über Art und Ausmaß der Bedrohung sind eine Seite der Medaille, die beratende psychologische Unterstützung bei der Bewältigung der Belastungen ergänzt die notwendige Tätigkeit der Sicherheitsbehörden.

Im Hinblick auf Hemmschwellen zur Inanspruchnahme allgemein und zur Mitteilung der eigenen Belastung und des Umgangs im Besonderen erscheint die Beauftragung von unabhängigen Beratungsstellen/Beratenden eine sinnvolle Möglichkeit. Dabei sind zur adäquaten Unterstützung insbesondere eine psychologische Grundkompetenz und Erfahrungen im Umgang mit Krisen, Ängsten und der Verarbeitung extremer Ereignissen wesentliche fachliche Voraussetzungen.

Bedeutsam ist die Möglichkeit einer schnellen Inanspruchnahme nach dem Erleben der Bedrohung. Im Hinblick auf die Mitteilung dieser im Rahmen bekannt gewordener „Todeslisten“ sollte diese vorgesehen werden. Ein strukturelles Angebot zur schnellen Inanspruchnahme ist sinnvoll. In diesem Zusammenhang könnten Register hochspezialisierter Psychologinnen und Psychologen in den Bereichen Gesundheit und Beratung sowie Unterstützungsleistungen, wie sie im Rahmen von Opferhilfe bzw. -entschädigung gewährt werden, Lösungen bieten.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Michael Krämer
Präsident des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Anlage: Bedrohung durch rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Anlage

Bedrohung durch rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Die Ausprägung fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung ist laut der Studie „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ seit 2002 (26,9 % Fremdenfeindlichkeit) prozentual deutlich zurückgegangen und zeigt sich in der Erhebung 2018/19 auf einem seit fünf Jahren in etwa konstantem Niveau von 8,9 %. Hierbei sollte jedoch der Methodenwechsel vom Jahr 2012 auf das Jahr 2014 beachtet werden, wodurch sich ein deutlicher prozentualer Rückgang in den Untersuchungsergebnissen ergeben hat.

Auf den ersten Blick scheint die Studie eine positive Entwicklung aufzuzeigen, jedoch sind die Ergebnisse paradox, was nicht zuletzt einen Angriffspunkt für methodische Kritik am Untersuchungsdesign darstellt (Schnabel, 2019; Zick, Küpper & Berghan, 2019).

So gaben zwar über 90 % der Befragten an, die Würde und Gleichheit aller Menschen sei besonders wichtig, viele stimmten aber dennoch rechtspopulistischen Einstellungen zu. Diese zeigen sich laut der Studie durch ein Misstrauen an der Demokratie (59 % der Befragten), die Zustimmung zu einem Law-and-Order-Autoritarismus (62 % der Befragten) sowie die Ablehnung gegenüber Eingewanderten, Muslim_innen, Asylsuchenden sowie Sinti und Roma. Die Hälfte der Befragten neigt zur Abwertung von Asylsuchenden (Krumpfmüller, 2019; Zick et al., 2019).

Ähnlich Ergebnisse finden sich auch gegenüber dem Islam in einer Studie der Bertelsmann Stiftung: 52 % der Bevölkerung fühlen sich durch den Islam bedroht, 13% fordern den Muslimen die Zuwanderung zu untersagen. Nur 36 % der Befragten empfinden ihn als Bereicherung (Pickel, 2019).

Des Weiteren wurde ein erhöhter Glaube an Verschwörungstheorien festgestellt, welcher zu Demokratiemisstrauen führe. Fast jeder zweite Befragte (46 %) gab an zu glauben, geheime Organisationen würden die politischen Entscheidungen beeinflussen, fast ein Viertel ist davon überzeugt, Medien und Politik steckten unter einer Decke. Antisemitische Verschwörungstheorien vertreten 6 % der Befragten.

Der Glaube an Verschwörungstheorien ging zudem mit einer erhöhten Gewaltbilligung und -bereitschaft einher und stellt aus Sicht der Autoren somit eine Bedrohung der Demokratie dar (Kumpfmüller, 2019; Zick et al., 2019).

Stimmten bislang eher die älteren Befragten den menschenfeindlichen und rechtsextremen Äußerungen zu, zeigt sich nun, dass vermehrt jüngere Befragte nachziehen. Deutlich verbreiteter als rechtsextreme sind rechtspopulistische Einstellungen. Von den befragten Personen neigen 21 % ganz deutlich zu rechtspopulistischen Einstellungen, bei 42 % lässt sich eine Tendenz dazu feststellen. Die Überzeugung, die eigenen Rechte und Bedürfnisse hätten Vorrang vor denen von Minderheiten oder Eingewanderten, war im Osten auffällig hoch (43 %), ebenso wie in den unteren und mittleren Einkommensgruppen sowie unter AfD-Sympathisant_innen (76 %) (Zick et al., 2019).

Im Ost-West Vergleich zeigen sich geringe Unterschiede in den Untersuchungsergebnissen. So ist das Vertrauen in die Demokratie unter den Ostdeutschen geringer. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich in einem Gefühl der kollektiven Wut auf die Zuwanderung (Osten: 52 %, Westen: 44 %). Die rechtspopulistische Orientierung ist somit im Osten verbreiteter. Erklärungsansätze sehen die Autoren unter anderem im Gefühl der ungerechten Behandlung, wirtschaftlichen Benachteiligung, politischen Orientierungslosigkeit und dem unzureichenden Kontakt und Austausch mit Eingewanderten (Zick et al., 2019)

Negative Stereotype herrschen vor allem dort vor, wo wenig Kontakt zu den betroffenen Minderheiten besteht. Voraussetzung für die Möglichkeit einer Einstellungsänderung ist, dass der Kontakt zwanglos und zu mehreren Mitgliedern der Gruppe stattfindet. Positive erlebte Interaktion kann Stereotype und Vorurteile vor Allem dann reduzieren, wenn die Mitglieder als typische Vertreter der Gruppe wahrgenommen werden und eine gemeinsame soziale Norm vorherrscht. Wechselseitigen Abhängigkeit, gemeinsame Ziele und ein gleicher Status tragen zusätzlich zu einer Einstellungsänderung bei (Aronson et al., 2008).

Fazit

Die Studienergebnisse weisen auf ein negatives oder zumindest stagnierendes Wachstum der Fremdenfeindlichkeit hin, dennoch bemerken die Autoren der Studie, dass sich rechtspopulistische Einstellungen verfestigen und auch in der politischen Mitte nicht mehr als unnormal gelten.

„Es ist eine Studie für die Mitte, die sich nicht an minimalen Standards bemisst, sondern an maximaler Demokratiefestigkeit – und die ist durchaus in Gefahr.“ (Schnabel, 2019, S. 2)

Literatur

- Aronson, E., Wilson, T. D. & Akert, R. M. (2008). Sozialpsychologie. München: Pearson Studium.
- Kumpfmüller, K. (2019). „Verlust demokratische Orientierung“ – Online. Zugriff am 12.10.2019. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/mitte-studien-101.html>
- Pickel, G. (2019). Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie - Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schnabel, U. (2019). „Damit haben wir nicht gerechnet“ – Online. Zugriff am 12.10.2019. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2019/19/andreas-zick-rechtspopulismus-studie-politische-einstellung-rechtsextremismus>
- Zick, A., Küpper, B., Berghan, W. (2019). Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz JH.